

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kampf (mit der Frauen- und Jugendbeilage) einschließlich Bringselgeld monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.— Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jungferstraße 14, U. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jungferstraße 14 Tel. 1769.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Auswärts werden die Einzelhefte zu 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Bestellung nach Rabatt gemindert. Vorauszahlungen 20 Pf. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 260.

Dresden, Donnerstag den 9. November 1911.

22. Jahrg.

Der sozialdemokratische Vizepräsident.

Die Wahl des Präsidiums in der Zweiten Kammer hat eine Überraschung gebracht und ist schließlich in einer Weise ausgefallen, die wohl niemand vorausgesetzt hat. Das die Konservativen es ablehnen würden, in das Präsidium einzutreten, hat kaum noch jemand übersehen, der die letzten konservativen Auslassungen verfolgt hat. Es wurde für den Fall dieser unglücklichen konservativen Lektüre aber fast allgemein die Besetzung des Präsidiums mit liberalen Männern angenommen, denn auf ein Nachgeben von sozialdemokratischer Seite in der Frage der Beteiligung an der Landtagsöffnung kam es nach den bisherigen Auslassungen und den Beschlüssen der Leipziger Landeskongress von keiner Seite gerechnet werden.

Die ganze Sache aber bekam unter Umständen eine Wendung, die vorher von keiner Seite gewürdigt worden waren. Die acht Freisinnigen, die bei den ganzen Erörterungen die Sache übersehen worden sind, gaben den Ausschlag. Wohl zunächst auf die kommenden Wahlen hatten sie schließlich Bedenken getragen, auch in der durch die konservativen Ablehnung geschaffenen Situation im Summe nationalliberaler Mäßigkeit zu verbleiben, wo die Fortschrittler bisher, sich ihres Vizepräsidenten freudig, herungestreckt waren. Gestern zeigten die Freisinnigen, daß sie auch anders können und ihre früheren unbedingten verfassungsrechtlichen Bedenken doch nur mehr Scheinargumente gewesen sind. Sie erklärten nunmehr, die sozialdemokratische Erklärung genüge ihnen. Unsere Genossen hatten durch den Genossen Schulze aber nichts anderes als vor zwei Tagen erklären lassen. Sonach liegt die Sache so, daß die Freisinnigen ihren früheren Standpunkt aufgegeben haben. Sie wollen darüber mit den Herren nicht weiter rechten, sondern diese Wendung im übrigen als einen Fortschritt zum Besseren registrieren und nur noch die Hoffnung aussprechen, daß er von Dauer sein möge.

Im übrigen hat bei den Fortschrittler wohl auch die Erwägung sehr viel zu ihrer Haltung beigetragen, daß ein lang aus liberalen Abgeordneten zusammengesetztes Präsidium doch auch eine beinahe unmögliche Sache ist. Dieser Ansicht werden sich wohl auch kaum die Nationalliberalen haben verhalten können, die daher über die Abwendung der Freisinnigen wohl kaum besonders empört sein werden, nachdem die Konservativen abgelehnt hatten, in das Präsidium einzutreten.

Die Sozialdemokraten konnten mit den Freisinnigen zusammen dieselbe Stimmenzahl stellen, wie die Nationalliberalen mit ihren Genossen, nämlich 34. Eine kleine Verschiebung ergibt diese Zahl noch durch Langhammers Verhalten, der als liberaler Wähler regelmäßig mit den Freisinnigen stimmt. Freilich ist es auf diese Weise bei Wahlen nur dann möglich, eine relative Mehrheit zustande zu bringen, wenn Nationalliberalen und Konservativen nicht untereinander überstimmen.

Das Verhalten der Konservativen war nicht nur taktisch unglücklich, es war auch unfair. Sie, die durch Opitz eine Erklärung abgegeben hatten, die wenigstens den Schluss zuließ, daß sie überhaupt nicht in das Direktorium eintreten wollten, machten dann den Versuch, wenigstens zwei Sekretäre zu stellen. Das mißlang jedoch. Es mußte daher auch der konservativen Vorkandidat Dr. Schanz den Schriftführerplatz räumen, um dem Genossen Fleißner Platz zu machen. Die Wahl der Sekretäre vollzog sich zwar glatt, aber die Nationalliberalen führten eine Stimmenzerplitterung herbei, indem sie nur 14 Stimmen für den Genossen Fleißner, die übrigen aber für andere sozialdemokratische Abgeordnete, zum Teil wohl auch für Vertreter anderer Parteien abgaben. Folgedessen erlangte Genosse Fleißner nur 46 Stimmen und es wurde daher ein nochmaliger Wahlgang nur knapp beschützt.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Konservativen, die in keinem Falle, selbst nicht bei den Wahlen der Sekretäre, für einen Sozialdemokraten stimmten. Nicht eine konservative Stimme ist für unsere Genossen abgegeben worden. Das wird man sich für die Zukunft merken müssen. Ist es für die Konservativen Prinzip, niemals einen Sozialdemokraten zu wählen, werden unsere Genossen natürlich die Konsequenzen daraus ziehen.

Auffällig waren bei der Wahl des ersten Präsidenten die Verschiebungen des nationalliberalen Abgeordneten Seitzner, daß sie die konservativen Freundschaft gesucht hätten, die aber nicht erwidert worden sei. Opitz bemerkte dazu, daß die Konservativen nur die Junghe, ihnen den ersten Präsidenten zu gewähren, als Freundschaftsbezeugung hätten aufpassen können. Von sozialdemokratischer Seite wurden bei der Präsidentenwahl Stimmzettel abgegeben, die auf den Genossen Seitzner lauteten. Damit sollte natürlich ein Protest gegen das Verhalten der Nationalliberalen ausgedrückt werden, die sich weigerten, den Sozialdemokraten ohne Bedingungen einen Vizepräsidenten zuzugestehen. Unter den gestern obwaltenden Umständen hätte dieses Verhalten unserer Genossen keinen anderen Erfolg, als die Abgabe weißer Fetten gehabt hätte, die auch als Protestbezeugung hätte gelten müssen. Wenn aber die Konservativen diese Stimmzettel abgegeben hätten, wären infolge der beschriebenen Stimmzettel von unserer Seite mehrere Wahlgänge nötig gewesen, wodurch der sozialdemokratische Protest gegen die Nationalliberalen verschärft worden wäre.

Ein Vertrauensvotum gegen den liberalen Präsidenten als Person sollte indes damit nicht zum Ausdruck kommen.

Die Wahlen haben eine eigentümliche Situation im Landtage geschaffen. Die Konservativen mögen der Meinung sein, besonders Schanz gehandelt zu haben. Sie werden sich damit aber nicht einmal die Anerkennung der Regierung erbringen. Wer die langen Gesichter der Minister während der Präsidentenwahl gesehen und beobachtet hat, wie sie sich einander verschanden, kann darüber nicht im Zweifel sein, daß der Regierung der Ausgang der Präsidentenwahl sehr unangenehm ist. Auch sonst werden die Konservativen kaum in der Lage sein, die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen. Die erdrückende Mehrheit des Volkes wird die neue Situation sicher mit Beifall begrüßen, um so mehr, da die Opponenten jetzt schon mit Anträgen aufmarschieren, die auf eine Streubung der Gewerkschaftsorganisationen abzielen. Man kann vielmehr sagen, daß die Situation im Landtage der Stimmung entspricht, die bei den Wahlen im Lande zum Ausdruck gekommen ist. Diese Stimmung weicht ohne Zweifel noch viel deutlicher nach links. Mögen die Konservativen nun treiben wie sie wollen, ein Erfolg wird ihnen sicher wenigstens im Lande und beim Volke nicht beschieden sein. Sie haben sich selbst ausgeschlossen und werden zur Raststellung bald genug den Spott noch zu fühlen bekommen.

Es ist das erstemal in der Geschichte des sächsischen Staates, daß Sozialdemokraten in die Leitung der Zweiten Kammer des Landtages eintreten, daß ein Sozialdemokrat Vizepräsident dieser gesetzgebenden Körperschaft wird. Wenn wir der Zeiten gedenken, in denen die Sozialdemokratie gerade in Sachsen schmähtlich unterdrückt und entrechtet wurde, so dürfen wir uns der jetzigen Erregung nicht in hohem Maße freuen. Wir sind uns bewußt, daß das Einrücken unserer Partei in das Präsidium der Zweiten Kammer zum Teil durch die lästige Verfahrenheit und die Gegensätze unter den uns gegenwärtigen Parteien möglich geworden ist, aber gleichwohl bedeutet der sozialdemokratische Vizepräsident sowie auch der sozialdemokratische Schriftführer im Präsidium ein unverkennbares Symbol für den Einfluss der sächsischen Arbeiterklasse, der sich durch alle Schwierigkeiten und alle feindlichen Unterdrückungsversuche siegreich durchgesetzt hat.

Des Reiches Elend.

Der Ausgang des Marokkoproblems bringt wieder das ganze Elend der Reichsstände, der auswärtigen Politik wie der inneren Politik, an den Tag. Es wäre nun wenigstens die Aufgabe des Reichstags, in dieser Situation das rechte Wort und die rechte Tat zu finden. Für den Reichstag würde es gelten: einer Regierung, die so ungewöhnlich das Ansehen des Reiches und die Interessen des Volkes verletzt und preisgegeben hat, die Wege zu weisen. Und ohne Zweifel haben wir lebhafteste Reichstagsbedenken zu erwarten, es wird auch aus den Reihen der kapitalistischen Parteien ein Widerhall aus den Westminsterungen und Verdrößen lauten werden, die die weitesten Reichstagskreise erfüllen. Aber schließlich werden die Schwarzen und Weißen doch wieder ihren schützenden Schild über den Reichstagskanzler des Jollwunders halten und das Kampf der liberalen Parteien wird ebenso wirkungslos vergeblich sein wie schon in früheren Jahren bei ähnlichen Auseinandersetzungen, weil es doch nur Getöse ist und nicht wirklicher Kampf gegen das Reichselend.

Den richtigen Weg des Vorgehens weist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, indem sie für die Beiprägung der Marokkofrage folgende Anträge eingebracht hat:

Der Reichstag wolle beschließen: die verhandelten Regierungen zu erlauben:
1. das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911, betr. Marokko und Aguanatorial-Francia, dem Reichstag zu der verfassungsmäßig für seine Gültigkeit erforderlichen Genehmigung vorzulegen.

2. Dem Reichstag ein Weißbuch zu geben zu lassen, daß die aus Anlaß jenes Abkommens geschickten Noten enthält.
3. Sod in dieser Session dem Reichstag einen Gegenstand zu unterbreiten, wodurch ausdrücklich der Artikel II der Reichsverfassung eine Abänderung dahingehend erfolgt, daß die Verträge mit fremden Staaten in ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erfordern.

Auch die fortschrittliche Volkspartei hat Anträge ähnlicher Art gestellt, die jedoch eine bedauerliche Abschwächung der sozialdemokratischen Anträge enthalten, insofern sie nicht die Genehmigung des Marokkovertrags durch den Reichstag fordern.

Es ist höchste Zeit und dringendste Aufgabe, daß der Reichstag dem absolutistischen Treiben der Regierung entgegenzutritt. Auf der Tagesordnung der heute im Reichstag beginnenden Verhandlungen steht es: „Beiprägung des deutsch-französischen Abkommens.“ Der Reichstag darf „beiprägen“, aber zu bestimmen hat er nichts! Die Regierung des Herrn v. Bethmann beruft sich auf die Reichsverfassung, die derartige Verträge mit auswärtigen Staaten nicht an die Genehmigung der Reichsvertretung knüpft, der Kaiser allein habe das Recht, „Bünd-

nisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen.“ Diese Auffassung der Verfassungsbestimmungen hat aber nur eine Stütze, nämlich das Vorkommen, das durch die Bedenkenhaftigkeit der bürgerlichen Parteien geheißen erscheint. Tatsächlich ist die Auflösung völlig unübertraglich ebenso mit den elementarsten Grundgesetzen jedes Parlamentsrechtes wie mit dem Sinn der deutschen Reichsverfassung. Durch das neue Abkommen mit Frankreich werden die Handelsbeziehungen der beiden beteiligten Staaten neu geregelt, wird deutsches Kolonialgebiet abgetreten und neues Kolonialgebiet erworben, dessen Erschließung die Regierung selbst in ihrer letzten veröffentlichten Rongoo-Denkchrift zugestimmt, „nicht ohne erhebliche Kosten möglich sein wird.“ Der Reichstag soll ein Abkommen lediglich „beiprägen“ dürfen, das alsbald für den Handel und für die Finanzen des Reiches bedeutende Wirkungen erweisen wird! Der Reichstag soll dulden müssen, daß die Erwerbung von Kolonialgebiet ohne seine Zustimmung vorgenommen wird, während er für die finanziellen Folgen der Erwerbung am nächsten Tage aufzukommen genötigt werden wird!

Wer aber sind die Personen, die sich solche Machtbefugnisse aneignen und sich anmaßen, die Volksvertretung schmähtlich zu entehren? Die Herren Bethmann und Seitzner halten sich für befähigt, daß sie allein die Ratgeber eines absoluten Herrschers die Geschicke des Reiches zu lenken imstande seien. Aber gerade die auswärtige Politik, die diese Personen im letzten Sommer betrieben haben, ist das Ruinbeispiel der Unfähigkeit und Ungeeignetheit für die Posten, auf denen diese Staatsmänner stehen. Die Bethmann und Seitzner haben sich und das von ihnen vertretene Reich vor der Welt bis auf die Knochen blamiert. Sie sehen heute da wie die ungegessenen Jungen, die mit dem Feuer leuchtend spielen und beinahe das Haus in Brand gesetzt hätten, die sich nun die wohlverdiente Züchtigung gefallen lassen müssen. Man darf die Welt in Aufregung gehalten, wochenlang erwartet man jeden Tag den Ausbruch des Krieges, gewaltige Summen wurden zur Verproviantierung der Kämpfer ausgegeben, die Erde siedete, Sparlöcher wurden geschnitten, große wirtschaftliche Werte vernichtet. Was das alles? Es wäre wahrhaftig ein wahrhaftig Verbrechen gewesen, solche Politik zu treiben, um einen Frieden von Marokko zu erwirken. Und alsdann versichert die deutsche Regierung, daß sie das Ziel ihres Erfolges nie so hoch geschätzt habe, daß sie nie etwas anderes gewollt als das jetzt Erreichte und daß sie damit und mit sich selber vollständig zufrieden ist. Also, um Frankreich das Protektorat über Marokko zu verschaffen und einige Hunderttausend Quadratkilometer Giebelstücke einzuhändigen, darum hat die deutsche Regierung damit gedroht, Europa in den Abgrund des Weltkrieges zu stürzen. Hätten wir den lange gewünschten Staatsgerichtshof, um unsere Kanzler und Staatssekretäre unter Anklage zu stellen, sie würden freigeprochen werden müssen wegen Unzurechnungsfähigkeit!

Aber darf eine Regierung, die solche Dinge vertritt zu haben geständig ist, noch eine Minute im Amte bleiben? Sie müßte mit Schimpf und Schande danonemarschieren. Und das zu befragen, wäre die Aufgabe des Reichstags! Aber wir wissen, dieser jetzige ebenso zerfahrene wie reaktionäre Reichstag wird keine Aufgabe nicht lösen. Es wird geredet werden, aber es wird nichts Entscheidendes getan werden. Das deutsche Volk wird bei den Wahlen seine Sache in die eigene Hand nehmen müssen!

Die Rongoo-Denkchrift.

Am Mittwoch Abend bringt nun die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Mitteilung: „Dem Reichstag ist eine Denkchrift des Kolonialamts über die Neuverteilung im Rongoogebiet zugegangen.“ Offenbar ist diese Denkchrift erst am Mittwoch Morgen zusammengefaßt worden, nachdem am Dienstag im Reichstag, anlässlich der Geschäftsordnungsdebatte, auf die befreundliche Erklärung hingewiesen worden war, daß dem Reichstag keinerlei Erklärungen zum Marokkovertrag, daß dem Reichstage keinerlei Erklärungen zum Marokkovertrag zugegangen sind. Die Denkchrift trägt dem auch den Stempel der Eile auf sich, da sie am 4. November, dem Tag der Erteilung der Entscheidung des Reichstages, datiert. Man hat es hier mit der ersten Leistung des internationalen Mannes zu tun. Herr Dr. Seitzner hat sich bisher ohne Zweifel um die Marokkofrage überhaupt nicht gekümmert, und bei der ablehnenden Haltung, die der bisherige Staatssekretär v. Lindemann einnahm, ist es natürlich ganz ausgeschlossen, daß er diese Denkchrift vorbereitet haben konnte.

Was den Inhalt der Denkchrift anlangt, so wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Gedankengang ganz betrügerisch ist, und dann fährt die Denkchrift fort:

„Für ein Volk, das sich entschlossen hat zu kolonisieren, ist jeder Zuwachs von Kolonialen Gebieten mit Strenge zu begehren; selbst wenn man zunächst die Frage nach dem wirtschaftlichen Wert dieses Zuwachses zurücklassen müßte. Der die Kolonialpolitik bezieht, muß grundsätzlich für jeden Zuwachs kolonialen Gebietes, für jedes Stück kolonialen Reichslandes sein.“

Das der Zuwachs momentan nicht viel wert ist, wird in der Denkchrift zugegeben. Allein, das soll nicht beweisen, denn die Franzosen hätten für dieses Gebiet nur ganz minimale

umtän

Die Geschichte für Frauen in Reichstag